



Bildungsengagement und Jugendbeteiligung

Fragen der Stiftung Bildung an die demokratischen
Parteien zur Bundestagswahl 2021 (Wahlprüfsteine)

IMPRESSUM

Stiftung Bildung
Katja Hintze, Vorstandsvorsitzende
Am Festungsgraben 1, 10117 Berlin
E-Mail: info@stiftungbildung.org

Spendenkonto Stiftung Bildung
IBAN: DE43 4306 09671143 9289 01
BIC: GENODEM1GLS
www.stiftungbildung.org

Berlin, September 2021

PRESSEKONTAKT

Katja Hintze, Sarah Pöhlmann, Christina Rothe
presse@stiftungbildung.org

Telefon: 030 8096 2701

Die Stiftung Bildung wirkt als gemeinnützige Spendenorganisation direkt an der Basis über das bundesweite Netzwerk des Bildungseengagements sowie der Kita- und Schulfördervereine. Sie stärkt die Handelnden, fördert Partizipation und Vielfalt und lässt Ideen vor Ort Wirklichkeit werden.

Wir setzen uns seit unserer Gründung im Jahr 2012 für beste Bildung in Deutschland ein. Darunter verstehen wir, dass jedes Kind das Recht auf hochwertige Bildung und das Recht auf Respekt und Anerkennung hat. Dafür soll unser Bildungssystem allen Menschen offenstehen und allen eine individuelle und talentorientierte Perspektive eröffnen.

Wir sind überzeugt, dass beste Bildung nur erreicht werden kann, wenn auch diejenigen in die Bildungspolitik eingebunden werden, die jeden Tag vor Ort in den Bildungseinrichtungen sind. Allen voran die Kinder und Jugendlichen selbst und darüber hinaus die Bildungseengagierten aus Kindergärten und Schulen. Sie bringen eine große Expertise aus der Praxis mit, da sie die Auswirkungen bildungspolitischer Entscheidungen nicht nur hautnah erleben, sondern auch durchleben.

Dieses Potential und diese Expertise muss Politik noch viel mehr nutzen, in ihre Entscheidungen einbeziehen und dafür eine engere, dauerhafte Zusammenarbeit ermöglichen.

Aber wie stehen die einzelnen Parteien im Bundestag zu Fragen der Förderung des Bildungseengagements und der Jugendbeteiligung?

Im Vorfeld der Bundestagswahl können Zivilgesellschaft, Interessenverbände, Nichtregierungsorganisationen und Bewegungen ganz konkrete Fragen zu eigenen Schwerpunktthemen an die Parteien im Bundestag stellen sogenannte Wahlprüfsteine. Die Parteien beziehen in ihren Antworten Stellung zu den eingereichten Fragen. Uns Bürger*innen dient dies als Hilfestellung, um herauszufinden, welche Partei am ehesten zu den eigenen Einstellungen passt. Im Folgenden finden Sie die von der Stiftung Bildung eingereichten Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021 und die Antworten von CDU/CSU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD (die Reihenfolge der Antworten orientiert sich am Datum, wann sie uns erreicht haben). Den Fokus haben wir auf die Förderung des bundesweiten Bildungseengagements sowie auf Kinder- und Jugendbeteiligung gelegt.

September, 2021

WIR STELLEN DIE FRAGEN

3

Einleitung

6

Frage 1

Stellenwert und Bedeutung
des Bildungseengagements

9

Frage 2

Förderung der Bildungs-
engagementstrukturen auf
Bundesebene

12

Frage 3

Zusammenarbeit mit
den Bildungseengagement-
strukturen

14

Frage 4

Stärkung der
Beteiligungsrechte für
Kinder und Jugendliche

17

Frage 5

Forschung zu Kinder- und
Jugendbeteiligung

19

Frage 6

Steigerung der Bildungs-
ausgaben auf 12% des BIP

22

Frage 7

Chancenungerechtigkeiten
im Bildungssystem abbauen

25

Frage 8

Position zu Bildung für
nachhaltige Entwicklung

Impressum | Kontakt S. 2

DIE PARTEIEN ANTWORTEN

FRAGE 1

In Deutschland engagieren sich rund 16 Millionen Menschen ehrenamtlich in der Bildung: Das Bildungsengagement ist (gleich hinter dem Sport) nun das zweitgrößte Engagementfeld Deutschlands. Welchen Stellenwert und welche Bedeutung hat das zivilgesellschaftliche Bildungsengagement für Sie?

CDU/CSU



Bürgerschaftliches, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement gehört zu den zentralen Elementen einer lebendigen Demokratie. Für CDU und CSU ist ehrenamtliches Engagement eine der wesentlichen Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir haben das Ehrenamt immer gefördert und neue Formate entwickelt. Um noch mehr junge Erwachsene für den Dienst an der Gesellschaft zu gewinnen, wollen wir die Attraktivität der Freiwilligendienste – etwa durch die Anpassung des Taschengelds, eine breite Angebotsauswahl und eine hohe Qualität der Angebote – weiter steigern und einen Rechtsanspruch einführen. Über die Möglichkeiten der Freiwilligendienste soll vermehrt schon in den Schulen informiert werden.

DIE LINKE



Demokratie lebt von der kritischen und mitgestaltenden Beteiligung einer lebendigen Zivilgesellschaft. Wir wollen dieses vielfältige freiwillige Engagement besser unterstützen und die Barrieren für soziale Gruppen, die im Engagement unterrepräsentiert sind, senken. Jugendfreiwilligendienste sind wichtige Bildungs- und Orientierungsprogramme für junge Menschen. Wir wollen sie ausbauen und ihre Qualität insbesondere in der pädagogischen Begleitung verbessern. Wir unterstützen die Forderung vieler Freiwilligendienstleistender nach freier Fahrt für Freiwilligendienstleistende im ÖPNV. Freiwilliges Engagement muss in der politischen Debatte einen höheren Stellenwert erhalten. Daher setzen wir uns für einen regulären Ausschuss zum bürgerschaftlichen Engagement im Deutschen Bundestag ein.

Wir wollen die infrastrukturellen Angebote (ÖPNV, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken etc.) fördern, so dass sie niedrigschwellig, barrierefrei, wohnortnah im Lebensumfeld und möglichst gebührenfrei für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Bildungsengagement ist eine zentrale Säule des bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft. Durch Erhebungen wie die Freiwilligensurveys oder zuletzt das Jugendhearing u_count wissen wir zudem, dass sich gerade junge Leute im Bildungsbereich freiwillig engagieren. Von der Musikschulen bis zu Kinder- und Jugendhilfe, von Mentoring und Hausaufgabenbetreuung für Kinder aus bildungsfernen Haushalten oder Familien mit Fluchterfahrung bis zu den Fördervereinen von Schulen und Kitas oder Service Learning, gerade in der Ganztagsbetreuung. Bildungsengagement trägt in Bildungseinrichtungen und darüber hinaus einen großen Beitrag zur Vermittlung von Wissen und Neugier sowie Gemeinschaft bei.

FDP



Wir Freie Demokraten wollen die Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements in einer lebendigen Bürgergesellschaft stärken. Durch ehrenamtlichen Einsatz leisten viele Bürgerinnen und Bürger einen elementaren Beitrag zu einer friedfertigen, lebendigen und wehrhaften Demokratie. Daher wollen wir die Übungsleiter- und Ehrenamtszuschale angemessen erhöhen. Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement gehören zu den Grundfesten unserer Gesellschaft. Von Sport, Bildung und Kultur über Wohlfahrts- und Sozialarbeit bis hin zu Umweltschutz und Kommunalpolitik – tausende Menschen erfüllen in ihrer Freizeit elementare Funktionen in unserem Land. Sie wollen wir unterstützen. Dazu gehört auch das Ehrenamt von Bürokratie und möglichen Haftungsrisiken zu entlasten. Den Zugang zu neuen digitalen Lösungen für Vereine wollen wir vereinfachen – etwa in den Bereichen Akquise und Verwaltung.

SPD

Mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit tragen Millionen engagierte Bürger*innen dazu bei, dass unser Gemeinwesen funktioniert. Sie gestalten und bereichern unser Zusammenleben, gerade auch im Bildungsbereich. Kitas, Schulen, Schüler*innen und Lehrkräfte profitieren von Menschen, die ihre Unterstützung und Fähigkeiten einbringen. Dieses ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Engagement ist für uns unverzichtbar. Wir werden es daher auf allen Ebenen weiter unterstützen, z.B. indem wir Bürokratie abbauen und Verfahren vereinfachen. Erfolgreiche Strukturen wie die Freiwilligendienste, die Deutsche Engagementstiftung und das Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“ werden wir verstetigen und nach Möglichkeit ausbauen. Die Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen und Zivilgesellschaft wollen wir weiter verbessern und z.B. zivilgesellschaftliche Akteure bewusst in den Schulalltag zur politischen Bildung integrieren.

The SPD logo consists of the letters 'SPD' in white, bold, sans-serif font, centered within a solid red square.

FRAGE 2

Bildung ist in Deutschland föderal organisiert, zentrale Entscheidungen finden aber auch auf und in Absprache mit der Bundesebene statt. Wie wollen Sie bundesweite Bildungsengagementstrukturen stärken, befürworten Sie die Finanzierung von Geschäftsstellen für Schüler*innen- und Elternvertretungen?

CDU/CSU



Die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen nehmen eigene prioritäre Aufgaben wahr. Gleichwohl bleibt es richtig, dass sie die gemeinsame Verantwortung für unser Bildungs- und Wissenschaftssystem eint. Dazu gehört es, dass Bund, Länder und Kommunen entsprechend ihren Zuständigkeiten ein leistungsfähiges und chancengerechtes Bildungswesen gewährleisten, das Bildung von Anfang an und ein Leben lang ermöglicht – unabhängig von der Herkunft. CDU und CSU bekennen sich zu diesem verfassungsrechtlich verankerten Föderalismus im Bildungsbereich. Er eröffnet den Ländern eigene Gestaltungsmöglichkeiten, bedeutet aber auch Verpflichtung. Dazu gehören gegebenenfalls auch Unterstützungsleistungen für die in den jeweiligen Zuständigkeitsbereich fallenden zivilgesellschaftlichen Gruppen.

DIE LINKE



Lernende, Lehrende und Eltern sollen über Schule mitentscheiden können. Wir wollen Demokratie, Selbstverwaltung der Schulen und insbesondere die Mitbestimmungsrechte der Schüler:innen an den Schulen stärken. Denn: Das Erlernen demokratischer Regeln und demokratischen Verhaltens, das für eine demokratische Gesellschaft unverzichtbar ist, erfolgt aber am leichtesten und besonders nachhaltig dann, wenn man es im täglichen Leben übt. Bildungsprozesse sollen demokratische Mitwirkung und Mitentscheidung ermöglichen und nicht verhindern. Schüler:innenvertretungen sollen ein allgemeines politisches Mandat haben und sich zu allen gesellschaftlich relevanten Fragen äußern dürfen. Sie müssen finanziell und organisatorisch in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben nachgehen zu können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Wir GRÜNE wollen, dass alle Schulen zu Orten werden, die – verankert in der Nachbarschaft – auf die Entwicklung der jeweiligen Potenziale der Kinder ausgerichtet sind. Dazu gehört auch, dass wir Schulen dabei unterstützen zu Engagement Orten zu werden, die Schüler*innen und ihre Eltern aktiv mitgestalten können. Das Pandemiemanagement hat an denjenigen Schulen überdurchschnittlich gut funktioniert, an denen Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern in die Entscheidungen eingebunden waren. Leider ist es bisher weder an den Schulen noch bei politischen Entscheidungen gesichert, alle Sichtweisen angemessen einzubeziehen. Damit Schulpolitik sich hier verändert, wollen wir gemeinsam mit den Ländern dazu beitragen, dass Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte kontinuierlich und strukturiert in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Entsprechende Strukturen gilt es auf der jeweiligen Verantwortungsebene ausreichend zu fördern.

FDP



Wir Freie Demokraten fordern bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife und das Abitur sowie qualitativ hochwertige Bildungsstandards. Wir brauchen mehr Innovationen und Qualitätssicherung durch Vergleichbarkeit in der Bildung. Wir fordern eine Reform des Bildungsföderalismus und eine Grundgesetzänderung, damit Bund und Länder zusammen für die Sicherstellung der Qualität, die Leistungsfähigkeit und die Weiterentwicklung des Bildungswesens wirken können. Wir leisten uns 16 verschiedene Schulsysteme, Lehrpläne und Prüfungsordnungen, stellen aber nicht sicher, dass die Schulbildung deutschlandweit die höchste Qualität hat. Wir wollen zukunftssichere Schulen, in denen die besten Arbeitsmöglichkeiten fürs Lehren und Lernen zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig wollen wir die Autonomie der Schulen stärken und den Schulen mehr pädagogische, personelle und finanzielle Freiheiten geben. Jede Schule soll ein eigenes Budget erhalten, über dessen Verwendung sie autonom entscheidet. Im Rahmen der Schulautonomie kann der Unterricht zum Beispiel in einem modularen System organisiert und so individuell auf die einzelne Schülerin oder den einzelnen Schüler zugeschnitten werden. Zugleich erhalten die Schülerinnen und Schüler dadurch eine größere Wahlfreiheit und die Schule kann den unterschiedlichen Leistungsniveaus der Schülerinnen und Schüler individueller gerecht werden. Auch können Schulen dann eigenständig entscheiden, wie die Schüler- und Elternvertretungen vor Ort bestmöglich gestärkt werden können.

SPD



Für weitere passgenaue Maßnahmen zur Verbesserung des ehrenamtlichen Engagements brauchen wir vor allem starke und handlungsfähige Kommunen. Ein wichtiger nötiger Schritt ist beispielsweise, den besonders hoch verschuldeten Kommunen einmalig hohe Altschulden abzunehmen.

Eine demokratische Kultur sollte sich aus Sicht der SPD auch in den Mitwirkungsgremien der Schulen widerspiegeln. Deswegen setzen wir uns für die flächendeckende Einführung der Drittelparität in den Mitwirkungsgremien der Schulen ein.

FRAGE 3

Arbeiten Sie schon mit dem BER, der BEVKi, der BSK, dem BSFV und der Stiftung Bildung zusammen? Wie werden Sie zukünftig die Zusammenarbeit gestalten?

CDU/CSU



Als Volksparteien arbeiten CDU und CSU grundsätzlich konstruktiv und erfolgreich mit allen gesellschaftlichen Organisationen und Gruppierungen zusammen, die sich für bessere Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland einsetzen. Dabei achten und respektieren wir die grundgesetzlich verankerte Zuständigkeit der Länder für Bildung.

DIE LINKE



Die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bündnispartner:innen ist uns sehr wichtig. Daher stehen wir in regelmäßigem Kontakt mit Gewerkschaften, Initiativen und Zusammenschlüssen sowie Verbänden. Die parlamentarische Arbeit gestalten wir so, dass sie auch der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen linken Kräften und damit der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und politischer Mehrheiten dient. Gleichzeitig ist die Arbeit mit außerparlamentarischen Bündnispartner:innen für uns eine enorme Bereicherung, da so an uns direkt gesellschaftliche Probleme herangetragen werden. Wir können dann entsprechende parlamentarischen Initiativen in den Bundestag einbringen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Wir GRÜNE stehen seit langem im konstruktiven Austausch mit den genannten Organisationen und schätzen den fachlichen Austausch sehr. Selbstverständlich wollen wir diesen auch in Zukunft im Rahmen regelmäßiger Gespräche fortführen und intensivieren und freuen uns mit dem BER, der BEVKi, der BSK, dem BSFV und der Stiftung Bildung kompetente Expert*innen rund um die Themen Engagement, Beteiligung und Bildungsgerechtigkeit an unserer Seite zu wissen.

FDP



Wir sind mit zahlreichen kompetenten und interessanten Bildungsakteuren auf Landes- und Bundesebene im regen Kontakt und freuen uns immer über den guten und fachlichen Austausch. Auch freuen wir uns immer über neue Möglichkeiten des Dialogs und der Vernetzung. Wir stehen Kontaktaufnahmen immer aufgeschlossen gegenüber.

SPD



Die SPD steht für Politik im Dialog. Verbände, Vereine und Stiftungen werden themenabhängig im Rahmen verschiedener Formate zum Austausch eingeladen. Dies wollen wir auch in Zukunft weiter fortführen. Das Bundesfamilienministerium fördert und unterstützt bürgerschaftliches Engagement u.a. in Form von Patenschaften. Auch die Stiftung Bildung ist ein Projektträger des Bundesprogramms „Menschen stärken Menschen“. Das Programm wollen wir auch künftig fortführen.

FRAGE 4

Die Pandemie hat uns erneut deutlich vor Augen geführt: Betreuungs- und Bildungspolitik wird über die Köpfe junger Menschen hinweg und nicht mit ihnen gemacht. Welchen Beitrag muss die Bundesregierung und welchen werden Sie leisten, um Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche zu stärken?



CDU/CSU

Die Frage 4 wird in Zusammenhang mit Frage 5 beantwortet (s.S. 17).



DIE LINKE

Faktoren und Grenzwerte ändern sich mit dem Fortschreiten der pandemischen Lage. In der Vergangenheit wurden Lebensrealitäten und Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien ignoriert und ausgeblendet. Hier muss ein Umdenken stattfinden. Kinder und Jugendliche sind bei allen sie betreffenden Maßnahmen einzubinden. Sie sind Expert:innen ihrer selbst und entsprechend anzuhören. Für uns ist unbegreiflich, dass die Bundesregierung fortwährend auf diese Expertise junger Menschen und von Familien verzichtet sowohl bzgl. den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie als auch bzgl. der Maßnahmen zur Kompensation der Pandemiefolgen. Wir wollen Schulschließungen vermeiden, damit Kinder und Jugendliche nicht noch weiter abgehängt werden. Auch das soziale Miteinander mit den Schulfreund:innen darf während eines Lockdowns nicht vollkommen verloren gehen. Dafür müssen die Schulen entsprechend ausgestattet werden, zum Beispiel mit hochwertigen Luftfilteranlagen, mehr Lehrer:innen sowie Schulsozialarbeiter:innen und anderen pädagogischen Fachkräften.



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Pandemie hat gezeigt, dass Kinderrechte in politischen Entscheidungen mit bedacht werden, aber nicht die herausragende Stellung einnehmen, die den besonderen Entwicklungsbedarfen der Kinder gerecht wird. Daher fordern wir GRÜNE, Kinderrechte entlang der

Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention im Grundgesetz zu verankern. Mit einem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen über ihre Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen Hintergrund und vom Aufenthaltsstatus, altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können. Das Wahlalter für Bundestags- und Europawahlen wollen wir in der kommenden Legislaturperiode auf 16 Jahre absenken.

FDP

Um die politische Partizipation von jungen Menschen zu stärken, fordern wir Freie Demokraten eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament. Voraussetzung hierfür ist, dass die politische Bildung an allen Schulformen verstärkt wird. Die Ausweitung des Wahlrechts war stets Zeichen des gesellschaftlichen Fortschritts und es ist der Schlüssel zur politischen Partizipation. Junge Menschen nehmen bereits in vielen Lebensbereichen Verantwortung wahr, werden aber von der politischen Teilhabe ausgeschlossen. Dabei sind sie diejenigen, die am längsten von politischen Entscheidungen beeinflusst werden. Das Wahlrecht ab 16 ist gelebte Generationengerechtigkeit.



Wir fordern eine „Exzellenz-Initiative Politische Bildung“ des Bundes, die besonders wirkungsvolle Programme politischer Bildung öffentlich würdigt, finanziell fördert und zu ihrer Verbreitung ermutigt. Jede Schule soll ein dezentral selbst verantworteter Lernort sein, an dem Kinder und Jugendliche jene kritische Urteilsfähigkeit lernen, mit der sie einen Unterschied für ihre Lebenswelt machen können. Politische Bildung muss bereits im Sachunterricht der Primarstufe verankert sein. Politische Bildung steht in Zeiten der Digitalisierung, Zuwanderung und des Populismus vor der Herausforderung, Wissen und Handwerk für eine weltoffene Demokratie zu vermitteln. Dazu gehört die Bildung zu Fluchtursachen, aber auch zur Befähigung, Quellen kritisch zu hinterfragen. Unser Ziel muss sein, allen Menschen echte Medienpartizipation zu ermöglichen.

SPD



Wir setzen uns für echte Beteiligung von jungen Menschen ein. Das heißt für uns, dass sie u.a. verbindlich, nachhaltig und transparent ist und die etablierten Interessenvertretungsstrukturen einbezieht. Zudem wollen wir dafür zeitliche, soziale und finanzielle Gelingensbedingungen

schaffen. Junge Menschen sollen als Expert*innen in eigener Sache über unterschiedliche Formate bestmöglich mitwirken können. Wir wollen mehr Beteiligung für junge Menschen in Kommunen, in Schulen, Hochschulen und in Betrieben.

Damit die starken Beteiligungsrechte für alle besser sichtbar werden, wollen wir sie als einen Bestandteil von starken Kinderrechten im Grundgesetz verankern.

Wir werden das Wahlalter für junge Menschen auf 16 Jahre senken. Kinder und Jugendliche müssen auf allen Ebenen an politischen Prozessen beteiligt werden und einen Anspruch auf echte Beteiligung in kommunalen Jugendhilfeausschüssen und Landesjugendhilfeausschüssen haben, die gesetzlich in den Kommunalverfassungen verankert werden müssen.

FRAGE 5

Kinder- und Jugendbeteiligung ist ein vergleichsweise junges Feld. Um dieses strategisch weiter ausbauen zu können, bedarf es Forschung und Klärung ganz grundsätzlicher Fragen u.a. zu vorhandenen Mitgestaltungsstrukturen. Mit welchen Maßnahmen kann die Politik dies konkret voranbringen?

CDU/CSU



Die unionsgeführte Bundesregierung verabschiedete im Dezember 2019 eine Jugendstrategie, in der sich alle Ressorts dazu bekennen, junge Menschen stärker zu beteiligen und ihre Interessen besser zu berücksichtigen. Im Handlungsfeld „Beteiligung, Engagement und Demokratie“ stärken wir jugendgerechte Beteiligungsformate. Außerdem unterstützen wir mit der Initiative „Starke Kinder- und Jugendparlamente“ die Entwicklung kommunaler Beteiligungslandschaften. Sie soll durch eine Akademie für Kinder- und Jugendparlamente in Form eines bundesweiten Netzwerks ergänzt werden. Zudem halten wir daran fest, dass bei der Fortschreibung der Jugendstrategie die jungen Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache berücksichtigt werden. Gleichzeitig setzen sich CDU und CSU für eine Stärkung der politischen Bildung und Wertekunde ein: Nur wer weiß, wie Demokratie funktioniert, kann später auch demokratisch handeln. Wir werden die politische Bildung in allen Jahrgangsstufen der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen stärken.

DIE LINKE



Die Politik kann auf zwei Ebenen einen entscheidenden Beitrag zur Beteiligung und Mitbestimmung junger Menschen leisten. Erstens muss sie Ressourcen zur Verfügung stellen, dass Beteiligung und Mitbestimmung gelebt werden können. Dazu zählt auch Begleitung und Forschung. Zweitens muss die Politik die rechtlichen Grundlagen schaffen, um Mitbestimmung und Beteiligung auch rechtlich abzusichern und zu definieren, so z.B. im Kinder- und Jugendhilfegesetz. Hier fordern wir als LINKE dass altersgemäße Strukturen der Beteiligung, Gestaltung und Mitbestimmung in allen Einrichtungen sowie bei Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe zu gewährleisten sind. Damit wird Demokratie gelebt und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aktiv gefördert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Ein verbindlicher „Jugend-Check“ für alle Politikfelder muss eingeführt werden, damit die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen überall berücksichtigt werden. Wir GRÜNE fordern einen Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung, um institutionelle Beteiligungsstrukturen zu schaffen. Die im Rahmen des Nationalen Aktionsplans „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ entwickelten Qualitätsstandards für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sollen umgesetzt und bekannt gemacht werden. Die Jugendarbeit spielt hierbei eine wichtige Rolle, darum wollen wir die Jugendverbände mit einem Verbandsklagerecht gegenüber Kommunen stärken. Kinder und Jugendliche brauchen Mitmach- und Medienkompetenz sowie politische Bildung, die wir als Querschnittsaufgaben in Kitas, Schulen und Jugendhilfe konzeptionell und finanziell stärken werden.

FDP



Für uns steht fest: Eine lebendige, pluralistische und demokratische Gesellschaft lebt vom kritischen, aber respektvollen Austausch aller Bürgerinnen und Bürger. Spätestens mit der Unterzeichnung der VN-Kinderrechtskonvention hat sich die Bundesregierung dazu verpflichtet, Kindern und Jugendlichen ihr Recht auf Beteiligung einzuräumen. Laut aktuellen Studien fühlen sich Jugendliche und junge Erwachsene aber immer noch nicht ausreichend repräsentiert (vgl. z. B. 18. Shell Jugendstudie, 2019). Das muss sich ändern. Deshalb hat die Fraktion der Freien Demokraten die bisher unternommenen Schritte der Bundesregierung kritisch beobachtet und konkret danach gefragt, welche Studien zu politischen Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen die Bundesregierung zwischen 2014 und 2019 in Auftrag gegeben oder gefördert hat (vgl. Kleine Anfrage „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ BT-Drs.-19/16563).

SPD



Uns ist bewusst, dass wir beim Thema Kinder- und Jugendbeteiligung noch mehr Erfahrungswissen sammeln und bündeln müssen. Dazu unterstützen wir entsprechende Forschungs- und Untersuchungsvorhaben auf allen Ebenen. Damit Kommunen, Jugendverbände und bestehende Beteiligungsinstitutionen effektiv daran mitwirken können, werden wir sicherstellen, dass sie auch finanziell und personell ausreichend ausgestattet sind.

FRAGE 6

Wir fordern deutlich höhere Investitionen in die Bildung, um beste Bildungs- und Beteiligungschancen für alle Kinder und Jugendlichen zu garantieren. 12 % des Bruttoinlandsprodukts wären eine nachhaltige Investition in unsere Zukunft. Inwiefern teilen Sie diese Auffassung?

CDU/CSU



Laut einer Meldung des Statistischen Bundesamt vom Dezember 2020 stiegen die Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahr 2019 auf 150,1 Mrd. Euro. Das waren 8,8 Mrd. Euro oder 6,3 Prozent mehr als 2018. Allein die Schulen profitierten mit 49,2 Prozent von den öffentlichen Bildungsausgaben, 22,4 Prozent flossen in die Kitas und 21,4 Prozent der Mittel erhielten die Hochschulen.

Ungeachtet dieses Mittelzuwachses brauchen Kitas und Schulen mehr als nur Geld, wenn es um die Wahrung der Bildungs- und Beteiligungschancen der Kinder und Jugendlichen geht. Hierzu bedarf es exzellent qualifizierter und engagierter Erzieherinnen, Erzieher, Lehrpersonen, Schulsozialarbeiter, Inklusionshelfer und Administratoren. CDU und CSU sehen es daher als entscheidend an, mehr junge Menschen für einen Beruf im Bildungswesen zu motivieren und hierfür beste Voraussetzungen zu schaffen.

DIE LINKE



Bildung in Deutschland ist deutlich unterfinanziert. Für die allermeisten Bildungsaufgaben sind die Länder fast allein zuständig. Die öffentlichen Kassen in Ländern und Kommunen sind aber schon lange nicht mehr in der Lage, ausreichend Geld in öffentliche Bildungsangebote zu stecken. Allein der Sanierungsbedarf bei Schulen wird bundesweit inzwischen auf fast 50 Milliarden Euro geschätzt. An den Hochschulen müssten von 2017 bis 2025 etwa 35 Milliarden Euro investiert werden, um den Modernisierungstau abzubauen. DIE LINKE steht für ein Ende der ewigen Rotstift-Politik in der Bildung. Die öffentlichen Haushalte müssen deutlich besser ausgestattet werden. Hierfür brauchen wir eine Steuerpolitik, die auf das Prinzip der Solidarität setzt und die großen Konzerne sowie die Superreichen wieder stärker in die Verantwortung nimmt. Eine solide Bildungsfinanzierung können Bund, Länder und

Kommunen zudem nur erreichen, wenn sie alle an einem Strang ziehen. Durch das Kooperationsverbot ist das nur eingeschränkt möglich. Wir wollen das Verbot komplett aufheben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern, damit für alle Kinder und Jugendlichen Bildungsgerechtigkeit hergestellt werden kann.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Deutschland investiert im internationalen Vergleich zu wenig in den Bildungsbereich. Das wollen wir ändern und die Investitionen gemeinsam mit den Ländern deutlich erhöhen. Da die Weichen am Anfang gestellt werden, sollen dorthin auch die meisten Ressourcen fließen. Vor allem für Kitas und den Primarbereich wollen wir mehr Geld in die Hand nehmen, auch um den Sanierungsstau an Schulgebäuden zu beheben. Zur Förderung von Schüler*innen bedarf es zudem einer einfachen Fördermittelbeantragung durch die Schulen ohne bürokratische Hürden des Bundes. Wir GRÜNE wollen Schulen, in denen Kinder ohne Druck lernen können und Zeit haben, Neues zu entdecken. Dafür investieren wir in inklusive Ganztagsangebote, die wir mit klaren Qualitätsstandards, zuverlässiger Betreuung als Entlastung für die Eltern, Zusammenarbeit mit Musikschulen, Sportvereinen oder Stiftungen ausbauen wollen. Für Schulen in benachteiligten Regionen und Stadtteilen schaffen wir dauerhafte Finanzierungswege für mehr Bildungsgerechtigkeit.

FDP



Die umfassende Modernisierung des Bildungssystems ist unsere wichtigste gesellschaftspolitische Aufgabe. Dies muss sich auch in den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen widerspiegeln. Die Pandemie hat die Ungleichheit der Bildungschancen weiter verschärft. Gerade die Schwächsten leiden. Auch deshalb wollen wir zusätzlich ein Prozent des bestehenden Mehrwertsteueraufkommens in die Bildung stecken. Das ermöglicht zusätzliche Investitionen von 2,5 Milliarden Euro.

Unser Ziel ist es, Deutschland bei den Bildungsausgaben in die TOP-5 der OECD-Staaten zu bringen. Bildungsausgaben müssen zukünftig in den Haushalten oberste Priorität haben. Dazu sollten sich Bund, Länder und Kommunen in einem gemeinsamen Staatsvertrag verpflichten.



SPD

Die SPD will weiterhin auf hohem Niveau in Bildung investieren. Der Anteil für Bildung am BIP wollen wir natürlich steigern. In den kommenden Jahren wollen wir uns vor allem für mehr Kooperationen von Bund und Ländern bei der Bildungsfinanzierung einsetzen. Dabei ist es uns ein besonderes Anliegen eine neue Verantwortungskultur zwischen Bund, Ländern, Kommunen und auch zwischen den unterschiedlichen Ressorts auf den jeweiligen Ebenen zu schaffen. Es gilt Zuständigkeiten aus unserer Sicht klarer erkennbar zu machen, um auch im Sinne eines integrativen Bildungsverständnisses schneller zu Lösungen zu kommen.

FRAGE 7

Welche Pläne haben Sie zudem, um Chancengerechtigkeiten in unserem Bildungssystem entgegenzuwirken? Welche Anstrengungen werden Sie unternehmen, um Inklusion und Vielfalt zu fördern?

CDU/CSU



CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass jedes Kind und jeder Jugendliche entsprechend seinen Möglichkeiten von Anfang an gefördert wird; das gilt gerade auch in sozial schwierigen Lagen. Denn der Grundstein für Aufstieg durch Bildung wird im frühen Kindesalter gelegt. Für uns gilt: Die Herkunft von Menschen darf nicht über ihre Zukunft entscheiden. Daher werden CDU und CSU die Einrichtungen der frühen Bildung zu qualitativ hochwertigen Bildungsorten weiterentwickeln und so einen zentralen Beitrag leisten, um Herkunft und Bildungserfolg zu entkoppeln. Damit dies gelingt, werden wir den Erwerb der deutschen Sprache so früh wie möglich fördern, insbesondere durch verbindliche, fortlaufende und standardisierte Diagnoseverfahren. Ab einem Alter von drei Jahren kommen verbindliche Sprachstands-Tests mit qualitativ wirksamen Sprachförderangeboten für alle Kinder hinzu. Zudem fördern CDU und CSU die Bund-Länder-Initiative „Schule macht stark“, die auf beste Bildungschancen für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler abzielt.

DIE LINKE



Wir wollen eine Schule für alle: Eine Gemeinschaftsschule, die kein Kind zurücklässt und sozialer Ungleichheit entgegenwirkt. Die Gemeinschaftsschule fördert die Kinder individuell und umfassend. Sie ist ganztägig organisiert und bietet alle Schulabschlüsse an. Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter:innen, Erzieher:innen, Schulpsycholog:innen und medizinisches Fachpersonal sollen in multiprofessionellen Teams zusammenwirken. Wir wollen wirkliche Lehr- und Lernmittelfreiheit, kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule und kostenfreie Beförderung von Schüler:innen. Der Rechtsanspruch auf inklusive Bildung und das Recht auf das gemeinsame Lernen in einer Regelschule gehören in jedes Schulgesetz. Alle Schulen müssen über barrierefreie Zugänge für alle Kinder verfügen, die nicht nur auf die baulichen Voraussetzungen

beschränkt werden dürfen. Sie müssen über adäquate Ausstattung und Qualifizierung bei Personal, Assistenzleistungen, Lehr- und Lernmitteln sowie sonstigen Hilfsmitteln für jedes Kind verfügen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Unser Ziel ist, dass alle Schüler*innen an inklusiven Schulen unterrichtet werden können. Für Schulen mit besonderen Herausforderungen wollen wir dauerhafte Finanzierungswege für mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen. Hierfür müssen die heutigen Regelschulen barrierefrei ausgestattet werden. Wir GRÜNE fördern multiprofessionelle Teams, in denen sich Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Schulpsycholog*innen und andere Fachkräfte ergänzen, um die Schüler*innen und ihre Familien bestmöglich unterstützen zu können. Unser Ziel ist zudem, einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung und -betreuung mit Qualitätsstandards umzusetzen. Dazu gehören ausreichend Fachkräfte, anregende Räume und Schulhöfe, ein gesundes Mittagessen und eine breit gefächerte Zusammenarbeit mit Vereinen, Musikschulen und anderen Akteuren vor Ort. Mehrsprachigkeit begreifen wir als Reichtum und nicht als Defizit und wollen diese entsprechend fördern.

FDP



Wir Freie Demokraten wollen ein Kinderchancengeld. Es besteht aus: Grundbetrag, Flexibetrag und nichtmateriellem Chancenpaket. Die Angebote für bessere Chancen, Bildung und Teilhabe werden ausgeweitet und können von Kindern und Jugendlichen selbstständig über ein Kinderchancenportal kinderleicht abgerufen werden. Das Kinderchancengeld ist einfach, digital und ermöglicht echte Aufstiegschancen.

Darüber hinaus wollen wir in ganz Deutschland Talentschulen mit modernster Pädagogik und bester Ausstattung aufbauen – insbesondere in kinderreichen Stadtteilen und in Regionen mit großen sozialen Herausforderungen. Dabei orientieren wir uns am erfolgreichen Konzept der Talentschulen in Nordrhein-Westfalen.

Auch wollen wir Menschen mit Behinderung und Lernschwäche bestmöglich fördern. Die Wahlfreiheit zwischen Regelunterricht und speziellen Klassen beziehungsweise Schulen soll bei Eltern und ihren Kindern liegen. Wir setzen uns daher für den Erhalt dieser ein. Wir möchten dafür sorgen, dass jedes Kind das Bestmögliche aus seinen

Potentialen machen kann und gut auf ein möglichst selbstbestimmtes Leben vorbereitet wird.

Zudem wollen wir Schulen und Kitas finanziell stärken, indem wir ihre Finanzierung auf drei Säulen stellen: einen Sockelbetrag entsprechend der Größe der Einrichtung, Bildungsgutscheine, die pro Kind einen Zuschuss gewähren, und einen „German Dream“-Zuschuss für Kinder mit niedrigem sozioökonomischen Status. Der feste Sockelbetrag garantiert die Überlebensfähigkeit gerade von kleineren Schulen im ländlichen Raum und die Finanzierung über das Modell der Bildungsgutscheine garantiert eine bedarfsorientierte Finanzierung von Bildungseinrichtungen.

SPD

Wir als SPD wollen für mehr Chancengleichheit im Bildungssystem in Deutschland eine "Bundesinitiative Chancengleichheit in der Bildung" starten. Durch ein Bundesprogramm für Schulsozialarbeit sollen die Kommunen Mittel zur Förderung von Chancenhelfer:innen an jeder Schule bereitstellen. Zudem wollen wir weiter in Schulen investieren und ein Modernisierungsprogramm des Bundes aufsetzen, das sowohl den Sanierungsbedarf der Schulgebäude als auch die digitale Ausstattung umfasst. Gleichzeitig ist aus Sicht der SPD ein gutes Ganztagsangebot entscheidend für gleiche Chancen – und das muss für alle Kinder zur Verfügung stehen. Bei der Weiterentwicklung der Bund-Länder-Zusammenarbeit im Bildungsbereich sind für uns gleichwertige Lebensverhältnisse maßgebend, damit Kinder und Jugendliche aus wirtschaftlich benachteiligten Familien nicht alleine gelassen werden. Die Mittel von Bund und Ländern müssen durch die zusätzliche Einführung von Sozialkriterien deshalb da ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Wir stehen ein für die inklusive Schule und wollen sie so ausstatten, dass sie dieser Aufgabe gerecht werden kann. Wir leben in einem Einwanderungsland und betrachten die Vielfalt der Gesellschaft als Chance. Wir wollen Lehrerinnen und Lehrern Fortbildungen ermöglichen, die sie stärker befähigen, in heterogenen Klassen den Lernerfolg der Kinder und Jugendlichen zu befördern. Gleichzeitig wollen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationsgeschichte für unsere Schulen gewinnen.

The SPD logo consists of a red square with the letters "SPD" in white, bold, sans-serif font.

FRAGE 8

Welche Bedeutung messen Sie der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) bei? Welche Strategie verfolgen Sie zur Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs), vor allem in Hinblick auf das SDG 4.7?

CDU/CSU



Im Kampf gegen den Klimawandel setzen CDU und CSU auch verstärkt auf Bildung. Dabei geht es uns darum, Menschen jeden Alters zu befähigen, die Auswirkungen ihres Handelns auf die Umwelt zu verstehen, um verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen. Wenn Klima-Bildung einen Beitrag zur Verlangsamung der Erderwärmung leisten soll, muss nachhaltiges Verhalten in der gesamten Bildungskette – angefangen von der Kita bis zur Erwachsenenbildung – eine größere Rolle spielen. Während der Bund beispielsweise mit der Stiftung Haus der kleinen Forscher oder der FONA-Strategie an den Hochschulen die Bildung für nachhaltige Entwicklung mit insgesamt 50 Mio. Euro jährlich fördert, engagieren sich Länder und Kommunen mit eigenen Strategien und Mitteln. Das gilt insbesondere für Kitas und Schulen.

DIE LINKE



Wir messen BNE eine hohe Bedeutung bei. Klimawandel, Umweltzerstörung; Krieg oder extreme Armut - viele gegenwärtige Entwicklungen stellen die Weltgemeinschaft vor große Herausforderungen. BNE soll die Menschen in die Lage versetzen, ihr eigenes Handeln in globalen Zusammenhängen zu betrachten und verantwortungsvolle Entscheidungen für eine nachhaltige Gegenwart und Zukunft zu treffen. Dieses Ziel unterstützen wir und wollen, dass BNE unbedingt strukturell gefördert und ausreichend finanziert wird. BNE sollte als Querschnittsthema in Bildung implementiert werden. Es wäre aber wünschenswert, wenn Schüler:innen im Rahmen von BNE nicht nur lernen, dass das Verbraucherverhalten einen Einfluss auf Klimawandel und Umweltzerstörung hat, sondern vor allem auch die auf Wachstum und Profitorientierung angelegten Produktionsweisen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Wir fördern die Umsetzung des UNESCO-Programms Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), das weltweit die Integration von BNE in alle Bildungsnetzwerke und auf kommunaler Ebene vorantreiben soll. BNE ist in allen Bildungsphasen und -bereichen gemäß des Nationalen Aktionsplans zu verankern. Um Anreize für Kommunen zu schaffen, werden in Kooperation mit den Ländern lokale und regionale Bildungsnetzwerke initiiert und unterstützt. Das vom Bund geförderte BNE-Kompetenzzentrum wollen wir GRÜNE stärken, um mehr Kommunen zu erreichen. BNE ist ein zentraler Schlüssel zur notwendigen gesellschaftlichen Transformation. Sie will Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln befähigen, zur Gestaltung und Teilhabe an einer demokratischen und Pluralen Gesellschaft sowie zum Verstehen der Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt. BNE ermöglicht damit den Menschen, sich aktiv an der Gestaltung einer ökologisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Gesellschaft zu beteiligen.

FDP



Wir Freie Demokraten fordern Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen strukturell auszubauen und weiterzuentwickeln. Dazu hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag einen Antrag eingebracht (vgl. „Bildung für nachhaltige Entwicklung durch Transparenz und Teilhabe“ BT-Drs.-19/23118). Denn Bildung für eine nachhaltige Entwicklung kann Brücken bauen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

An den Lehreinrichtungen sollten Lehrinhalte der nachhaltigen Entwicklung stärker in den Fokus rücken, die den Lernenden den Umgang, das Verständnis und die Auswertung von Umweltinformationen erleichtern. Neben einem soliden Fundament der mathematisch-naturwissenschaftlichen Bildung (MINT) sollten die wichtigsten Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft an den Schulen wertfrei vermittelt werden. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung bedeutet daher auch, bereits frühzeitig Lerninhalte mit eigenständiger Projektarbeit und praktischen Erfahrungen zu verbinden. Regelmäßige Praktika von Schülerinnen und Schülern in Unternehmen oder in der Landwirtschaft, Exkursionen und Gespräche mit Praktikern wären geeignet, erste Einblicke in den Wirtschaftsalltag zu bekommen. Aber auch länderübergreifende „Hackathons“ sind zu empfehlen. In einem ersten Schritt werden eigenständig mögliche Probleme aus dem Umwelt- und Landwirtschaftsbereich benannt und analysiert und in einem zweiten Schritt von den Schülerinnen und Schülern eigene, technische Lösungsvorschläge für den Umgang mit ihnen unterbreitet.



SPD

Bildung für nachhaltige Entwicklung muss einerseits als Prozess begriffen werden, der im frühen Kindesalter beginnt und bis ins fortgeschrittene Erwachsenenalter anhält. Gleichzeitig bedeutet BNE aber auch, dass die Inhalte der SDGs stärker in den Bildungsprozess mit einfließen, sowohl in der schulischen als auch in der außerschulischen Bildung. Wir haben in Regierungsverantwortung vielfach für die Erhöhung der Etats für Bildung und Forschung in Deutschland und auch in internationaler Verantwortung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gekämpft. Diesen Weg wollen wir gerne fortsetzen.

